

Statement

Oberbürgermeister Uwe Richrath

Einbringung Haushaltsplanentwurf 2021 und Fortschreibung HSP 2012 – 2021

Das Jahr 2020 hat uns vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Das Corona-Virus hat sämtliche Lebensbereiche verändert. Ärztinnen und Ärzte sowie das Pflegepersonal waren und sind teilweise bis zur Grenze der Belastbarkeit im Einsatz. Große Teile der Wirtschaft – allen voran die Gastronomie und Hotellerie, die Veranstaltungs- und die Tourismusbranche sowie der Handel – müssen große, teilweise existenzbedrohende Einbußen verkraften. Das Home-Schooling und die Kinderbetreuung verlangen insbesondere Familien sehr viel ab. Jede und jeder Einzelne musste und muss im Privatleben auf liebgewonnene Dinge verzichten, da das gesellschaftliche Leben und zahlreiche Freizeitangebote in weiten Teilen eingeschränkt werden mussten. Politik und Verwaltung waren und sind gefordert, um in dieser Krise notwendige Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen.

Die Pandemie hat also tiefe Einschnitte hinterlassen. Fast nichts ist mehr wie vorher. Unsere Generation muss diese einzigartige Situation nicht nur meistern, sondern auch für die Zukunft daraus lernen. Denn nach Ende der Pandemie werden wir nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren können. Digitalisierung und Gesundheitsfürsorge müssen zukünftig eine größere Rolle einnehmen. Genauso dürfen die Folgen der Pandemie die sozialen Gräben nicht noch weiter vertiefen.

All das hat daher letztlich auch großen Einfluss auf den städtischen Haushalt und das Verwaltungshandeln. Denn die Pandemie und ihre Folgen werden uns noch lange fordern.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise und deren schwer zu prognostizierenden finanziellen Auswirkungen wird der Haushalt für das Jahr 2021 daher erst jetzt eingebracht. Bis zuletzt wurde durch die Kämmerei gerechnet und am Haushaltsplanentwurf 2021 und der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 – 2021 gefeilt. Das war dieses Mal eine noch größere Leistung als sonst. Allen Beteiligten gilt dafür mein herzlicher Dank.

Auch für 2021 legen wir wieder – wie durch die Teilnahme am Haushaltssicherungspakt gefordert – einen ausgeglichenen Haushalt vor. Dieser hält am Gewerbesteuerhebesatz von 250 Punkten fest. Denn die Entscheidung, den Gewerbesteuerhebesatz abzusenken war dringend notwendig und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Einnahmeeinbußen in unserer Stadt im Verhältnis zu Nachbarkommunen überschaubar sind. Zwar konnten wir das Ziel von 135 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen in 2020 nicht erreichen. Dies ist aber nicht dem reduzierten Hebesatz geschuldet, sondern den coronabedingten Rückgängen der Gewerbesteuer. 2020 konnten wir 100,5 Mio. Euro Gewerbesteuer einnehmen, nach 115,9 Mio. Euro in 2019 – das kann sich bei halbiertem Hebesatz und gleichzeitiger Corona-Krise mehr als sehen lassen.

Die 250 Punkte sind daher ganz klar als Konjunkturpaket zu werten. Denn damit ist bereits jetzt ein deutlich gestiegenes Interesse am Wirtschaftsstandort Leverkusen zu verzeichnen. Seit Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes erhält die Wirtschaftsförderung Leverkusen (WfL) deutlich vermehrt Anfragen von Unternehmen, die sich in Leverkusen ansiedeln wollen. Die Akquisitionsmaßnahmen der WfL wirken zunehmend und zeigen erste konkrete Erfolge.

Dieses Potential werden wir weiter ausschöpfen. Daher laufen aktuell Gespräche zwischen Politik und Verwaltung mit einem externen Berater zur künftigen Ausrichtung der WfL. Ziel ist es, die WfL so aufzustellen, dass sie den Wirtschaftsstandort Leverkusen noch besser vermarkten kann – deutschlandweit, europaweit und weltweit. Wir müssen die Region Rheinland so positionieren, dass kleine und große Player die Entscheidung treffen, sich hier bei uns in Leverkusen anzusiedeln. Damit gehen wir nicht in den Wettbewerb zu umliegenden Kommunen, sondern zu den anderen großen Metropolregionen in Deutschland und Europa.

Die Absenkung der Gewerbesteuer war für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Leverkusen ein unerlässlicher Schritt. Eng damit verbunden ist die Bereitstellung von Flächen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Leverkusen blickt auf eine lange Tradition als Industrie- und Dienstleistungsstandort. Ein besonderer Fokus wird zukünftig auf dem Dienstleistungsbereich mit Büroimmobilien liegen. Denn hier wird eine hohe Wertschöpfung bei vergleichsweise geringem Flächenbedarf erzielt.

Auf dem IPL-Gelände hat sich erst kürzlich ein neues namhaftes Unternehmen angesiedelt, zwei weitere Bürostandorte befinden sich dort in Planung. Das gesamte Bau Feld für das Bahnhofsquartier auf der Westseite der nbso ist schon zur Bebauung durch den Investor freigemacht. Mittelfristig sollen zudem das Montanusquartier u.a. mit den ehemaligen Bullenklöstern und dem Ganser-Gelände sowie das Postgelände als neue Bürostandorte erschlossen werden. Genauso laufen die Planungen für den Gewerbestandort für die Kreativwirtschaft östlich der Niederfeldstraße in Wiesdorf.

Natürlich wird noch etwas Zeit vergehen, bis Unternehmen diese neuen Dienstleistungsstandorte beziehen können. Im Haushalt sind daher jährlich 10 Mio. Euro für strategische Grundstücksgeschäfte eingeplant. Die Gelder ermöglichen es der Stadt, selber Flächen oder Gebäude anzukaufen, um diese Unternehmen anzubieten. Diese Mittel sind 2021 in den Erwerb der Immobilien der Bayer Real Estate in der Hauptstraße in Wiesdorf geflossen. Eine wichtige Entscheidung, denn zwei der drei Gebäude sollen Unternehmen zur Anmietung angeboten werden, die ihren Sitz kurzfristig nach Leverkusen verlegen, aber nicht bis zur Fertigstellung der neuen großen Bürostandorte warten möchten.

Leverkusen ist gleichzeitig aber eben auch Industriestandort. Unsere Stadt ist um das Werk herum entstanden. Noch heute steht der Chempark für Innovation und ist ein Garant für die Arbeitsplatzsicherung. Um parallel zum Bürostandort auch den Industriestandort Leverkusen weiter auszubauen, stehe ich daher im engen Kontakt zum Chempark, aber auch zu Dynamit Nobel. Ziel ist es, die dort noch freien Flächen zur Ansiedlung weiterer Industrieunternehmen zu nutzen. Außerdem arbeiten wir daran, weitere Gewerbegebietspotentiale an der Solinger Straße und in Hitdorf-Nord zu erschließen.

Um Unternehmen vom Wirtschaftsstandort Leverkusen zu überzeugen, spielt nicht zuletzt auch eine adäquate Infrastruktur eine wichtige Rolle. Daher ist es gut, dass der Breitbandausbau des Gewerbegebiets „Im Friedenstal“ so gut wie abgeschlossen ist und die Inbetriebnahme des Netzes kurz bevorsteht. Ich freue mich, dass im zweiten Schritt nun im Rahmen des Bundesförderprogramms „Breitband“ knapp 1.400 Haushalte, gut 200 Gewerbetreibende, 34 Schulen und ein Krankenhaus an das schnelle Netz in Leverkusen angeschlossen werden. Denn nicht nur die

Wirtschaft, auch Privathaushalte und Schulen brauchen leistungsfähige Internetverbindungen – insbesondere da aufgrund der Corona-Pandemie richtigerweise viel mehr im Home-Office gearbeitet wird und auch Schulen mehr digitales Lernen ermöglichen müssen.

Der Ausbau des Wirtschaftsstandorts muss aber auch mit der Stärkung der Bildungs- und Sozialstrukturen einhergehen. Denn Unternehmen benötigen gut ausgebildete Arbeitskräfte. Genauso brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausreichend Betreuungsangebote. Vor allem aber haben alle Leverkusener Schülerinnen und Schüler das Recht auf gleiche Chancen und gute Bildung.

In unseren Planungen werden wir berücksichtigen, dass Schulen von morgen andere räumliche Strukturen erfordern. Eine Sanierung des Bestandes ist daher nicht immer die erste Wahl. Wir werden daher stets kritisch prüfen, ob ein Neubau sowohl aus pädagogischer Sicht, als auch finanziell gesehen langfristig günstiger ist als eine Sanierung. Damit verbunden müssen wir uns die Zeit nehmen, die Lehren der Pandemie für den Schulsektor zu ziehen. Denn es hat sich mehr als deutlich gezeigt, dass die Digitalisierung verstärkt vorangetrieben werden muss.

Es gibt aber auch schon sichtbare Erfolge. So freut es mich sehr, dass wir in 2020 bereits rund 1,3 Mio. Euro – inklusive der Mittel aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ – investieren konnten, um Hardware anzuschaffen. Hinzu kamen weitere Investitionen in Höhe von rund 2,4 Mio. Euro, über die Ende 2020 ca. 4.500 Tablets für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer mit Hilfe der Zusatzprogramme des DigitalPakts NRW beschafft wurden. Zudem wurden im letzten Jahr rund 1,1 Mio. Euro an konsumtiven Mitteln verwendet, um unter anderem die digitalen Lernplattformen zu finanzieren.

Daran werden wir anknüpfen. Daher sind für die kommenden Jahre Investitionen für die Digitalisierung an Schulen in Höhe von rund 14 Mio. Euro aus dem DigitalPakt und städtischen Haushaltsmitteln eingeplant. Diese sind für die IT-Grundstruktur wie Netzwerke, WLAN und digitale Anzeigeräte sowie die Anschaffung zusätzlicher PCs, Notebooks, Tablets und weiterer Hardware vorgesehen. Hinzu kommen 4,4 Mio.

Euro für konsumtive Maßnahmen, die ebenfalls dem Ausbau der Digitalisierung dienen.

Parallel dazu werden im Schulsektor hohe Investitionen für bauliche Maßnahmen getätigt. Für 2021 sind im Finanzplan 26,3 Mio. Euro vorgesehen. Insgesamt enthält der eingebrachte Entwurf für den Zeitraum 2021 – 2024 Investitionen im Schulbereich mit einem Volumen von ca. 88,5 Mio. Euro.

Nachdem die Grundlagenermittlungen abgeschlossen sind, werden in diesem Jahr unter anderem die Planungen für große Schulbaumaßnahmen in Angriff genommen bzw. fortgeführt. Dazu zählen so wichtige Projekte wie die Realschule Am Stadtpark, die GGS Morsbroicher Straße, die KGS In der Wasserkühl, die Waldschule, die KGS Gezelin-Schule und die Regenbogenschule Leverkusen-Manfort genauso wie die Planungen für den OGS-Ausbau und die Rückkehr zu G9.

Hinzu kommen 2021 noch mehr als 10 Mio. Euro im konsumtiven Bereich, um unter anderem die gebäudetechnischen Voraussetzungen für die weitere Digitalisierung zu schaffen, aber auch Sanierungen von Toilettenanlagen oder anderen Räumlichkeiten durchzuführen.

Genauso steht der dringend erforderliche Kita-Ausbau für mich ganz oben auf der Agenda. Aktuell stehen rund 6.000 Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und rund 500 Plätze in der Kindertagespflege zur Verfügung. In den nächsten Jahren müssen rund 1.200 weitere Plätze geschaffen werden, um den zukünftigen Bedarf zu decken. Daher wurde eine Projektgruppe bzw. Task Force Kita-Standorte installiert, um Orte für neue Kitas zu identifizieren. Neun Standorte sind bereits ins Auge gefasst, bei mindestens vier Standorten soll die Umsetzung beginnend mit den Planungsverfahren dieses Jahr starten.

Für den Bau und Betrieb der Einrichtungen werden wir weiter auch externe Partner ins Boot holen. Denn die Stadtverwaltung selbst kann jedes Jahr nur ein gewisses Volumen verbauen. Zu vielen parallelen Baumaßnahmen sind personell Grenzen gesetzt. In Anbetracht des angespannten Arbeitsmarktes im Bereich der

Architekten und Ingenieure kann Personal nicht im Handumdrehen aufgestockt werden. Genauso ist die personelle Verfügbarkeit von Erzieherinnen und Erziehern begrenzt, daher wird ein Teil der neu zu errichtenden Kitas durch freie Träger der Jugendhilfe betrieben werden.

Wirtschafts- und Bildungsstandorte können nicht losgelöst von Mobilitätsüberlegungen realisiert werden. Uns ist allen bewusst, dass wir in Anbetracht von knapp bemessenen Flächen, überfüllten Straßen und insbesondere auch mit Blick auf den Klimaschutz die Mobilitätswende vorantreiben müssen. Dies wird uns nur durch die Stärkung des ÖPNV im Sinne einer vernetzten Mobilität aus ÖPNV, CarSharing und Fahrradverleihsystemen sowie umweltfreundliche Fortbewegungsarten gelingen.

Deshalb ist es gut, dass wir 2020 zwei neue, leistungsstarke Busbahnhöfe fertigstellen konnten. Der Stärkung des ÖPNV dient zudem der Ausbau für den RRR durch die Deutsche Bahn, der bislang planmäßig verläuft.

Von Seiten der Stadt werden wir den Fokus verstärkt auf umweltfreundliche Mobilität legen. Die Verabschiedung des Mobilitätskonzeptes war dazu ein wichtiger Schritt. Zunächst wird der Schwerpunkt vor allem auf dem Radverkehr liegen, der zuletzt deutlich zugenommen hat. So werden in diesem Jahr weitere Fahrradstraßen eingerichtet und das Leihfahrrad-Angebot der wupsi ausgeweitet. Dazu werden im Laufe des Frühjahrs zusätzliche Stationen eingerichtet, voraussichtlich Mitte des Jahres werden E-Bikes bereitgestellt und in der zweiten Jahreshälfte sollen dann auch E-Lastenfahrräder ausgeliehen werden können. Außerdem werden dieses Jahr 60 weitere Fahrradboxen an den Bahnhöfen in unserer Stadt installiert, und es wurden für 2021 Fördermittel zur Radwegesanierung beantragt.

Mittlerweile wurde zudem die Kooperationsvereinbarung für die Radpendler Routen unterschrieben, was den Startschuss für die weiteren Planungen bedeutet. Dies ist nur ein Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit, ohne die insbesondere Mobilitätsfragen, aber auch andere Zukunftsthemen von regionaler Bedeutung nicht gelöst werden können.

Seit letztem Jahr setzen Stadtverwaltung und JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen gGmbH (JSL) gemeinsam das Projekt „Pflege Leverkusener Radwege“ um, das ebenfalls einen maßgeblichen Beitrag zur Stärkung des Radverkehrs, zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Beschäftigungsförderung und für ein sauberes Stadtbild leistet. Das ist mir sehr wichtig. Denn Sauberkeit und Ordnung sind Themen, die die Bürgerinnen und Bürger zurecht einfordern. Das wird mir in meinen Bürgersprechstunden und Marktgesprächen immer wieder deutlich.

Mit Blick auf die umweltfreundliche Mobilität war es ferner wichtig, dass die nötigen Beschlüsse hier in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen-Kreis gefasst und die entsprechenden Gelder eingeplant wurden, damit die wupsi ab 2022 E-Busse anschaffen kann. Auch das Thema Wasserstoff werden wir mit unseren Partnern im Rechtsrheinischen fest im Blick behalten – denn das ist die Zukunft.

Über ein Bundesförderprogramm Klimaschutzmanagement wurden 2020 mit 50 Prozent Förderung drei Elektro-Dienstfahrzeuge angeschafft sowie sechs Ladestationen an drei Verwaltungsstandorten aufgebaut. Weitere sechs E-Autos und drei Ladepunkte werden dieses Jahr folgen. Dann werden sechs von 13 Verwaltungsstandorten über eine Ladeinfrastruktur für Dienstfahrzeuge verfügen. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt zu einer klimafreundlicheren Dienstmobilität der Stadtverwaltung. Denn selbstverständlich muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen.

Leider scheinen weder Klimaschutzbelange noch die Gesundheit der Leverkusenerinnen und Leverkusener für die Entscheidung des Bundes bezüglich des weiteren Ausbaus der A1 und A3 sowie der PWC-Rastanlage eine Rolle gespielt zu haben. Das war ein herber Nackenschlag. Wir alle – Politik und Verwaltung ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger – müssen umso mehr an einem Strang ziehen, um doch noch zu erreichen, dass Teile der A1 und A3 unter der Erde verschwinden und keine PWC-Rastanlage auf unserem Stadtgebiet entsteht. Diese – mehr als berechtigten – Forderungen werden wir jetzt noch vehementer als zuvor vertreten und alle auch nur ansatzweise erfolgsversprechenden Schritte dafür in Angriff nehmen. Darauf haben wir uns bereits im Januar im Stadtrat verständigt und werden diesen Weg weiter konsequent beschreiten.

Wie wichtig umweltfreundliche Mobilität ist, kann nicht genug betont werden. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Selbstverständlich gehen die Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz aber weit darüber hinaus. Zwar ist es coronabedingt etwas ruhiger um das Thema geworden. Denn öffentlichkeitswirksame Aktionen waren nicht so möglich wie zuvor. Dennoch bewegt sich auch hier einiges.

Neben dem Klimaschutz arbeitet die Stadt auch intensiv an der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Aktuell wird daher das Klimaanpassungskonzept durch die Stadtverwaltung umgesetzt. Im November hat die Auftaktveranstaltung zum „European Climate Award“ stattgefunden, in dessen Rahmen das Klima-Team aus Stadtverwaltung und städtischen Töchtern ihren Austausch und Kooperationen verstärken können. So verfügt die Stadt über ein vom Land NRW gefördertes Controlling-Instrument, um die Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung zu beobachten und zu intensivieren.

Das „Leitbild Grün und Klimawandel“ sowie die zugehörige Aktion „Leverkusen blüht auf“ wurde 2020 weiterverfolgt, einige neue Ideen bei Förderaufrufen platziert. Mit verschiedenen Fachbereichen und Kooperationspartnern wie dem NaturGut Ophoven und dem NABU wurden Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Klimaanpassung geplant und beauftragt. Aus Gründen des Infektionsschutzes musste die für Herbst geplante Baumpflanzaktion mit den Leverkusener Bürgerinnen und Bürgern in Kooperation mit Förster Zimmermann leider abgesagt werden. Der Termin wird voraussichtlich im Frühjahr 2021 nachgeholt.

Im Strategieprozess zur „Global Nachhaltigen Kommune“ erarbeitete eine Steuerungsgruppe aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Stadtgesellschaft zukunftsweisende Leitlinien, strategische Ziele und operative Maßnahmen. Neue Herausforderungen, die sich durch die Corona-Pandemie stellen, wurden dabei berücksichtigt. In diesem Jahr wird das finale Handlungsprogramm zur politischen Beschlussfassung vorgelegt.

Verbunden mit der Stärkung der Wirtschaftsstrukturen, dem Ausbau des Bildungsstandortes und dem Mobilitätswandel ist nicht zuletzt die Schaffung von weiterem Wohnraum unabdingbar. Schließlich wollen die Menschen im Umfeld ihres

Arbeitsplatzes wohnen. Es ist allerdings Fakt, dass die verfügbaren Flächen in Leverkusen begrenzt sind. Unbestritten ist auch, dass wir mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz nicht jede Freifläche bebauen können.

Ein Herzensanliegen für mich ist weiterhin, bezahlbaren und möglichst auch barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Eine steigende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt darf nicht dazu führen, dass sich nur noch Besserverdienende eine Wohnung in Leverkusen leisten können, während Menschen mit geringerem Einkommen oder niedrigen Renten nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen.

Daher bin ich froh, dass wir bereits seit mehreren Jahren für städtische Grundstücke wie zum Beispiel auf der Westseite der nbso Mindestquoten für geförderten Wohnungsbau festlegen. 2020 wurden vom Land 9,1 Mio. Euro für die Förderung von Mietwohnungen in Leverkusen zur Verfügung gestellt. Die gute Nachricht ist, dass letztlich auch knapp 8,4 Mio. Euro davon aufgrund der eingereichten Anträge bewilligt werden konnten.

Besonders die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren wie der Wohnungsgesellschaft Leverkusen (WGL) und dem Gemeinnützigen Bauverein Opladen (GBO) hat es ermöglicht, zahlreiche Bauvorhaben in Leverkusen zu realisieren und dabei Wohnraum zu moderaten Preisen zu bieten.

Durch den Wegfall der Mietpreisbremse im letzten Jahr sehe ich aber auch die Hauseigentümer in der sozialen Verantwortung. Die Steigerungen der Mietpreise in der Rheinschiene sind in Anbetracht der niedrigen Inflationsraten und der Wertsteigerung von Immobilien, die genügend Rendite bieten, nicht vertretbar. Einen solchen Anstieg der Mieten können sich die Menschen schlicht nicht leisten. Diesbezüglich werde ich auch das Gespräch mit Haus und Grund intensivieren.

Um gleichzeitig die Nebenkosten zu senken, wurde bereits mit der Verabschiedung des letzten Haushalts beschlossen, die Grundsteuer B im Jahr 2021 auf 750 Hebesatzpunkte zu reduzieren. Da die Grundsteuer B in der Regel von den Vermieterinnen und Vermieter über die Nebenkostenabrechnung an die Mieterinnen

und Mieter weitergegeben wird, profitieren Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter gleichermaßen von den reduzierten Abgaben.

Neben den großen stadtübergreifenden Themen stärken wir weiterhin auch die Quartiere. Denn dort schlägt das Herz der Menschen. In ihrer direkten Nachbarschaft fühlen sie sich zu Hause, dort kaufen sie ein, dort sind sie in Vereinen aktiv. Insbesondere die Stadtentwicklungsprojekte, in deren Rahmen große Investitionen getätigt werden, richten daher den Fokus auf die Stadtteile. Im Zuge dessen werden mit großem Engagement vielen Ideen und Projekte entwickelt und umgesetzt.

So werden gezielt zukunftsrelevante Aspekte wie Mobilität, Städtebau, Wirtschaft, Bildung und Soziales vorangetrieben, aber auch ehrenamtliche Strukturen gestärkt. Gleichzeitig fördern diese Projekte den Zusammenhalt und damit den Kitt unserer Stadtgesellschaft. Denn die Realisierung der Projekte erfolgt unter enger Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern und verbunden mit diversen Angeboten für die Menschen im jeweiligen Stadtteil.

Die Realisierung des größten Projektes – der neuen Bahnstadt Opladen – schreitet weiter voran. Auf der Westseite wurde 2020 im geplanten Zeit- und Kostenrahmen der neue Busbahnhof Opladen eingeweiht. Seit Ende November ist die alte Anlage vollständig zurückgebaut. Somit steht nun dem Investor das gesamte Baufeld für das Bahnhofsquartier zur Verfügung. Ausgelöst durch die Pandemie sind hier allerdings Verzögerungen eingetreten. Die ursprünglichen geplanten Nutzungen sollen unter dem Eindruck der aktuellen Rahmenbedingungen nachjustiert werden. Die Europa-Allee wird im Frühjahr auf voller Länge den Verkehr aufnehmen, der Brückenpark an der Campusbrücke wird parallel fertiggestellt, und im Anschluss beginnen die Arbeiten für das Fahrradparkhaus an der Rampe West der Bahnhofsbrücke.

Auf der Ostseite ist das Ledigenwohnheim umgebaut und vollständig vermietet. Der Umbau des denkmalgeschützten Kesselhauses zu einem Wohn- und Geschäftshaus soll im Herbst abgeschlossen werden. Die Neugestaltung des alten Zeichenbüros an der Bahnstadtchaussee durch den Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V. ist inklusive der Außenanlagen

nahezu vollendet. Und der Investor Cube Real Estate hat mit den Hochbauten für Cube Factory 577 begonnen.

Flankiert wird die Neugestaltung Opladens durch das Stadtteilentwicklungskonzept (STEK) Opladen, das sich mittlerweile auf der Zielgeraden befindet. Das Stadtteilmanagement beendet seine Arbeit Mitte des Jahres. Daneben werden noch Einzelmaßnahmen umgesetzt wie z.B. die Entwicklungsstudie für den Bunker, die ebenfalls Mitte 2021 vorliegen soll. Mitte 2022 soll mit der Grundsanierung der Hauptschule im Hederichsfeld, inklusive des angeschlossenen Quartierszentrums, das größtes Einzelprojekt innerhalb des STEK Opladen abgeschlossen werden.

In Hitdorf ist die Fertigstellung des Stadtteilzentrums „Villa Zündfunke“ für dieses Frühjahr geplant. Das im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts (InHK) Hitdorf tätige Stadtteilmanagement wird noch bis Ende des Jahres tätig sein. Da es im Zuge der Kampfmittelsondierungen zu Verzögerungen bei der Erneuerung der Kaimauer im Hitdorfer Hafen kam, soll diese nun in der zweiten Jahreshälfte fertiggestellt werden. Nach der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts zum Umbau der Hitdorfer Straße soll mit dem zweiten Bauabschnitt plangemäß im März begonnen werden.

Nachdem die großen Projekte in Hitdorf und Opladen auf den Weg gebracht sind und sich teilweise schon kurz vor Abschluss befinden, richtet sich der Fokus nun verstärkt auf Wiesdorf – natürlich ebenfalls unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dort gilt es unter anderem, die Planungen für die großen Flächen zur Entwicklung weiterer Büro- und Dienstleistungsstandorte zu konkretisieren. Dies betrifft zum einen das Postgelände sowie das Montanusquartier zur Entwicklung der sogenannten Stadtkante. Zum anderen geht es um die Bearbeitung der Entwicklungsstudie für das Kreativquartier an der Niederfeldstraße. Dazu wird nun die Online-Öffentlichkeitsbeteiligung eingeleitet, um die Studie anschließend mit den Ergebnissen daraus abschließen zu können.

2021 wird im Rahmen des InHK Wiesdorf auch die aktive Stadteilarbeit unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine und weiterer Akteure vor

Ort aufgenommen. Das dortige Stadtteilmanagement wurde Anfang des Jahres beauftragt und nimmt die Arbeit auf – verbunden mit dem Start weiterer geförderter Projekte. Auch der Start des sozialen Quartiersmanagements ist für dieses Jahr geplant.

Nachdem Anfang 2020 der neue Busbahnhof in Wiesdorf in Betrieb genommen wurde, steht als nächstes bauliches Projekt der Quartierstreffpunkt in der Dönhoffstraße an, der als generationsübergreifender Treffpunkt zukünftig zentrale Begegnungsstätte für die Menschen im Quartier werden wird. Hier wird aktuell die Ausschreibung vorbereitet, um diese nach erfolgter Fördermittelzusage auf den Weg zu bringen und anschließend die bauliche Realisierung in Angriff nehmen zu können.

Zudem wurde Leverkusen in das Förderprogramm „Sofortprogramm Innenstadt“ mit dem Bereich der westlichen Fußgängerzone und damit dem Umfeld des Kaufhofs, der Luminaden sowie der Herz-Jesu-Kirche aufgenommen, so dass auch dort Maßnahmen in Angriff genommen werden können.

Nicht zuletzt hat der Stadtrat Ende 2020 den wichtigen Gründungsbeschluss für eine Stadtentwicklungsgesellschaft Manfort/Wiesdorf gefasst, deren Fokus zunächst insbesondere auf der City C und Wiesdorf liegen soll. Die Gründung der Gesellschaft steht in der ersten Jahreshälfte an.

Die Stärkung der Quartiere beinhaltet genauso ein adäquates Angebot an Sportanlagen. Nicht umsonst ist Leverkusen weit über seine Grenzen als Sportstadt bekannt. Erfolgreicher Profi-Sport baut auf starkem Breitensport auf. Dafür ist eine Unterstützung der Vereine etwa durch weitere Kunstrasenplätze unabdingbar. Eine Investition in die Infrastruktur für den Leistungssport in Leverkusen ist nicht zuletzt der Neubau der Dreifachsporthalle für die NRW Sportschule Landrat-Lucas-Gymnasium auf dem Areal der nbso.

Leverkusen ist nicht nur Sportstadt – Leverkusen ist auch Kulturstadt. Daher müssen wir eine stabile Finanzierung des Kultur-Sektors über mehrere Jahre sicherstellen. Mit der Frage der inhaltlichen Ausrichtung und finanziellen

Ausgestaltung des Kulturbereichs werden sich Politik und Verwaltung dieses Jahr intensiv beschäftigen. Ein entsprechendes Konzept soll in der ersten Jahreshälfte erarbeitet werden. Dabei geht es nicht nur um das Schloss Morsbroich – inklusive Museumsleitung, Revitalisierung und Erneuerung des Schlossparks, möglichen Parkplätzen und zukünftiger Gastronomienutzung. Es geht vor allem um das gesamtstädtische kulturelle Angebot, das auch eine stärkere konzeptionelle Zusammenarbeit zwischen der städtischen Kultur und Bayer Kultur berücksichtigen sollte.

Leverkusen ist eine Stadt mit vielen Facetten, die auch durch ein ausgeprägtes interkulturelles Miteinander geprägt ist. Das zählt zu unseren Stärken und ist insbesondere dem Engagement vieler Aktiver wie dem Rat der Religionen, dem Integrationsrat, Verbänden, Vereinen und den vielen ehrenamtlich Aktiven zu verdanken. Auch vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass 2020 mit der neuen Unterkunft für Geflüchtete in der Sandstraße ein wichtiges Großprojekt frühzeitiger und kostengünstiger als geplant fertiggestellt werden konnte. Damit können nun sukzessive die als Übergangslösung gedachten Containereinrichtungen freigezogen werden.

Zum anderen konnte im Sommer die neue Hauptfeuer- und Rettungswache an der Edith-Weyde-Straße ihren Betrieb aufnehmen und damit ein weiteres Großprojekt zum Abschluss gebracht werden. Das nächste Großprojekt schließt sich hier mit der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes direkt an. Derzeit werden erste Vorüberlegungen angestellt, um insbesondere passende Grundstücke für die neue Feuerwache Nord zu identifizieren.

2020 wurde zudem die Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt und Polizei erfolgreich ausgeweitet. Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) und die Polizei gehen seitdem gemeinsam auf Streife, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und eine größere Präsenz der Ordnungsbehörden im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Das ist mir sehr wichtig. Denn das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Ordnung ist groß.

Aktuell befinden sich weitere Stellen im Besetzungsverfahren, so dass im Frühjahr alle 17 Stellen besetzt sein werden. Dieser Ausbau des KOD war und ist absolut erforderlich. Denn durch die Corona-Pandemie kamen viele zusätzliche Aufgaben für den KOD hinzu. Deshalb war ergänzend auch Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innendienstes und anderer Abteilungen der Verwaltung sowie durch Kräfte des privaten Sicherheitsdienstes erforderlich.

Ein weiterer Bereich, der im vergangenen Jahr extrem gefordert war und weiterhin sein wird, ist das Gesundheitsamt. Dort haben wir in Folge der Pandemie massiv Personal aufgestockt. Dazu wurden ebenfalls Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Abteilungen der Verwaltung abgeordnet. Infolgedessen – auch das muss klar gesagt werden – wird es in Teilen der Verwaltung zu Verzögerungen bei der Erledigung der anfallenden Aufgaben kommen.

Denn die Bekämpfung der Pandemie hat für uns als Stadt und mich als Oberbürgermeister oberste Priorität. Schließlich sind davon alle Bereiche der Gesellschaft betroffen. Wenn wir die Ausbreitung des Virus nicht bremsen können, werden weiterhin Wirtschaft und Gesellschaft vor massiven Problemen stehen. Auch deshalb bin ich froh, dass wir neben dem städtischen Klinikum auch die Kplus-Gruppe als verlässlichen Partner an unserer Seite haben. Der Beginn der Impfungen macht große Hoffnungen auf eine Rückkehr zur Normalität. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine hohe Impfbereitschaft, das weiterhin umsichtige Verhalten sowie die Solidarität aller erforderlich.

Keiner von uns hat 2019 geahnt, vor welchen medizinischen und dadurch auch personellen, organisatorischen und logistischen Herausforderungen wir 2020 und darüber hinaus stehen werden. Im Nachhinein war der im Dezember 2019 gefasste Beschluss, das Barmer Haus zu erwerben, umso mehr wert. Denn dort konnte – neben anderen Bereichen der Verwaltung – das Personal zur Kontaktpersonennachverfolgung untergebracht werden. Andernfalls wären wir mit der Zielvorgabe der Einzelbelegung von Büros definitiv an die räumlichen Kapazitätsgrenzen gestoßen.

Vor diesem Hintergrund und nicht nur mit Blick auf die externe Vermietung an andere Unternehmen war der Ankauf der Gebäude in der Hauptstraße ein weiterer Meilenstein. Das gibt uns auch die Möglichkeit, den Verwaltungsstandort Miselohestraße zum Schutz der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eines dieser Gebäude zu verlagern.

Um auch im Bereich des Bürgerbüros mit Meldewesen, Standesamt und Ausländerbehörde für räumliche Entzerrung zu sorgen und damit die Anzahl der dort gleichzeitig wartenden Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren, wird Mitte des Jahres der Bereich Meldewesen in die ehemalige Sparkassenfiliale in den Luminaden umziehen. Gleichzeitig soll dadurch die Frequenz in diesem Teil der Fußgängerzone erhöht werden.

Mit einem gesamtstädtischen Verwaltungsstandortkonzept soll sich der Stadtrat noch im ersten Quartal dieses Jahres befassen.

Die zukunftsorientierte Ausrichtung der Verwaltung hängt aber nicht nur an räumlichen Aspekten, sondern ist eng verbunden mit Fragen der fortschreitenden Organisationsentwicklung und Digitalisierung.

Dazu konnten 2020 wie geplant die extern begleiteten Organisationsuntersuchungen durch die gpa mit finanziellen Mitteln aus dem Stärkungspakt abgeschlossen werden. Basierend auf den Untersuchungsergebnissen erfolgt nun die Umsetzung durch die Dezernate und Fachbereiche.

Nicht zuletzt im Rahmen der gpa-Untersuchungsberichte kam dem Thema Digitalisierung besondere Bedeutung zu. Die Intensivierung der Digitalisierung wird massiv durch unsere E-Government-Strategie untermauert. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Anschaffung einer Softwareanwendung für das Dokumentenmanagementsystem. Anschließend wird diese in Pilotbereichen eingesetzt und getestet werden.

Aufgrund der Pandemie wurde zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Arbeiten im Home-Office ermöglicht. Seit Beginn des Jahres 2020 konnten wir die

Home-Office-Anteile in der Stadtverwaltung fast verzehnfachen. Um in Zukunft ein umfassenderes Arbeiten im Home-Office realisieren zu können, ist zudem die Digitalisierung der Prozesse erforderlich. Nur so können organisatorische Effekte realisiert und dadurch Effizienzsteigerungen erzielt werden.

Neben der Digitalisierung verwaltungsinterner Prozesse ist die Digitalisierung von Bürgerservices ein weiterer wichtiger Schritt. Dieses umfassende Projekt werden wir ab diesem Jahr in Angriff nehmen, um zukünftig Verwaltungsleistungen auch elektronisch anbieten zu können.

Wir haben also weiterhin große Aufgaben in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Familienpolitik und Bildung, Mobilität, Klimaschutz, Wohnen, Stadtentwicklung, Sport und Kultur sowie innerhalb der Verwaltung vor der Brust.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns im Rahmen der Generationenverantwortung stellen. Denn wir müssen für uns und für unsere Kinder und Kindeskindern weiterhin mit ganzer Kraft die Grundlagen für ein gutes Leben in unserer Heimatstadt Leverkusen schaffen. Dazu gehören genügend Arbeitsplätze genauso wie gute Ausbildungschancen für alle. Dazu zählen der Erhalt unserer Umwelt und Natur verbunden mit gleichermaßen leistungsfähigen wie umweltfreundlichen Mobilitätsstrukturen. Das beinhaltet bezahlbaren Wohnraum und lebendige Stadtteile. Das impliziert für mich ebenso, dass Leverkusen auch zukünftig dem Ruf als Sport- und Kulturstadt gerecht wird. All das muss von einer modernen, effizienten Stadtverwaltung begleitet und gesteuert werden, die sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht. Und nicht zuletzt dürfen wir im Rahmen der Generationengerechtigkeit den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf, der allein für 2021 Investitionen in Höhe von 101 Mio. Euro vorsieht, deckt all diese Themen ab. Damit werden die Anforderungen der Zukunft gerecht und werden die wichtigen Weichen zur Weiterentwicklung unserer Stadt.

Denn unser erklärtes Ziel als Stadt und auch für mich persönlich als Oberbürgermeister ist es, die Attraktivität unserer Stadt noch weiter zu steigern – als Wohnort, als Wirtschaftsstandort, als Lebensmittelpunkt – zum Wohle der Menschen, die hier leben.